29.12.2024

Zwischenruf zum beabsichtigten Bau eines Radweges Havelkanal

Von Wolfgang Wank (Mitglied im Vorstand BfS)

Besser kann man die Gesamtlage nicht darstellen. Jedoch die Fakten, bei den sich in der Mehrheit befindlichen Volksvertretern in der GV, **wollen** kein Gehör finden. Offensichtlich ist es von CDU und AfD so gewollt; wen interessiert da schon der Bürgerwille!?

Das Votum von über 1000 Bürgern dieser Gemeinde, die sich bei der Unterschriftenaktion klar für den ökologischen Erhalt und gegen den Raubbau an unserer Natur und somit gegen den Radweg am Kanal ausgesprochen haben, findet bei den betreffenden Mandatsträgern offensichtlich kein Gehör. Und insbesondere der Initiator lebt das ihm **von den Bürgern** demokratisch übertragene Mandat, auf Grundlage der nunmehr bestehenden Mehrheiten, in seinem Sinne voll aus. Es ist ja u.a. auch nicht sein Geld und/oder das der Abgeordneten, welches der Steuerzahler dann, neben dem Raubbau an der Natur, zu begleichen hat.

Die dafür stimmenden Abgeordneten von CDU und!!! AFD haben den Bürgern damit eine eindeutige Botschaft gesandt. Das sich sogar ein Mandatsträger der AfD auf der Unterschriftsliste wieder finden (AfD) ist bemerkenswert.

Nur gut, dass mit diesem Beschluss -aus Gründen von Formfehlern- immer noch nicht das letzte Wort gesprochen ist

Hierzu HP B´90/ Die Grünen vom 16.12.2024

7. Sitzung der Gemeindevertretung Schönwalde-Glien vom 12.12.2024

Jetzt kommt er doch - der asphaltierte Wirtschaftsweg am Havelkanal zwischen HEM-Tankstelle und Schleuse?!

Im Sommer 2022 wurde öffentlich, dass die Gemeinde Schönwalde-Glien in Abstimmung mit dem Wasserschiffahrtsamt (WSA) den naturbelassenen Uferweg am Havelkanal zwischen der Tankstelle L16 / L20 und der Schönwalder Schleuse zu einem drei Meter breiten, asphaltierten Wirtschaftsweg ausbauen möchte. Bei diesem Vorhaben würden ebenso mindestens 50 Bäume gefällt werden. Viele Bürgerinnen und Bürger in Schönwalde-Siedlung waren alarmiert.

Der Verein „Bürger für Schönwalde“ gegründete sich. Mit unfassbarem Engagement sammelten der Verein und dessen Mitstreiter mehr als 1000 Unterschriften gegen dieses Vorhaben. Auf dieser Grundlage wurde der Antrag an die Gemeindevertretung gestellt, die Gemeinde möge sich von diesem Vorhaben verabschieden. Am 15. September 2022 entschied die Gemeindevertretung mit neun

Ja-Stimmen, sechs Gegenstimmen und zwei Enthaltungen, auf den Ausbau zu Gunsten des Naturschutzes **zu verzichten**. Eine Beanstandung dieses Beschlusses seitens des Bürgermeisters folgte.

Ob diese Beanstandung gerechtfertigt war oder nicht, ist **bis heute nicht geklärt**, weil bei der Beanstandung formale Fehler gemacht wurden. Über eine Klage zu klären, ob der Bürgermeister damals zu Recht oder zu Unrecht beanstandet hat, sei, so der Anwalt der Gemeinde, langwierig und müßig. Daher wäre seine Empfehlung eine pragmatische Lösung zu wählen und den Beschlussantrag vom 15. September 2022 erneut abzustimmen. Wird dann, wie am 15. September 2022, entschieden den Radweg nicht zu bauen, könnte das Beanstandungsverfahren formal korrekt umgesetzt werden und die Kommunalaufsicht würde entscheiden, ob der Beschluss rechtsgültig sei oder eben nicht.

Der Beschlussantrag stand am 12. Dezember 2024 zwar, wie vom Anwalt empfohlen, auf der Tagesordnung, die Entscheidung ist jedoch anders ausgefallen als 2022. **Mit den Stimmen von CDU- und AfD-Abgeordneten wurde die Entscheidung nun „Pro Wirtschaftsweg“ getroffen: gegen den Willen der über 1000 Bürgerinnen und Bürger. Der Bürgermeister braucht nun gar nichts mehr zu beanstanden, denn er hat jetzt die Entscheidung, die er gerne bereits am 15. September 2022 gehabt hätte. Ob die damalige Beanstandung gerechtfertigt war oder nicht werden wir wohl nie erfahren. Fakt ist: Dank CDU- und AfD-Abgeordneten stehen die Zeichen wieder auf Baumfällungen und Naturzerstörung am südlichen Kanalufer.**

Hierzu von
Lothar Schleede
Schönwalder Bürger (Genehmigung zur Veröffentlichung liegt vor!)

Ich habe mich dazu mit nachfolgendem Leserbrief v. 24.04.23 an eine große Lokale Tageszeitung mit der Bitte diesen zu Veröffentlichung gewandt, **leider ist das nicht erfolgt**. Erst später erfuhr ich, dass dort die Hofberichterstatterin unseres Bürgermeisters als Lokalradakteurin tätig ist. (Zensur ?)

Er ist zwar nicht mehr ganz aktuell da sich nach der letzten Kommunalwahl die Mehrheitsverhältnisse geändert haben und die Schönwalder CDU ganz offensichtlich mit der AfD paktiert!

Mein damaliger Lesebrief vom 24.04.2023
Mit der wichtigstuerischen ballaballa Stammtischweisheit
„Wir wollten Teil von etwas Großem werden....“

fühlt sich ein Schönwalder CDU Mitglied in der Ausgabe April 23 der Schönwalder CDU Zeitung, bemüßigt die einzig richtige, gute und zeitgemäße Entscheidung der Gemeindevertretung den Bau des ersten Bauabschnittes des Radweges am Kanal von der Tankstelle bis zur Schleuse endgültig zu stoppen, **als nicht mehr im Sinne der Demokratie**, darzustellen.

Offensichtlich besteht bei dem Verfasser des Artikels und Teilen der Schönwalder

CDU Fraktion ein großes Defizit zum rechtstaatlichen Demokratieverständnis. Jede Gemeindevertretung hat nicht nur das Recht, sondern vor allem die Pflicht, Problemlösungen unter den Bedingungen des Rechtsstaates zu suchen. Denn es ist gerade die Regelorientierung des Rechtsstaates, die dafür sorgt, dass Maßnahmen und Problemlösungen legitimiert werden. In einer Demokratie gibt es keinen Absolutheitsanspruch, auch wenn die Schönwalder CDU in den Zeiten Ihrer Stimmenmehrheit diesen sehr oft undemokratisch, rücksichtslos und selbstherrlich für sich Anspruch nahm.

Anders gewendet: Es ist nicht legitim, eine Mehrheitsposition dazu zu nutzen, Minderheiten auszubooten oder eigene Ziele um jeden Preis durchzusetzen. Es geht in der Demokratie immer um Interessenausgleich und langfristige Beziehungen, denn Mehrheiten können sich, so wie die Schönwalder CDU ja jetzt sehr lehrreich erfährt, ändern. Demokratische Prozesse können und müssen in einem wohlstrukturierten Umfeld stattfinden.

Demokratie bedeutet aber auch nicht, dass die Politiker und Parteien über die Bürger entscheiden. Demokratie bedeutet, dass Politiker und Parteien die Interessen der Bürger vertreten und die Wünsche der Bürger umzusetzen, versuchen. Mit anderen Worten also: Demokratie bedeutet, dass die Bürger über Politiker und Politik entscheiden. Die Frage nach der "Sinnhaftigkeit" stellt sich dabei gar nicht - die Bürger dürfen auch unsinnige Ansichten" haben, und wenn eine Mehrheit der Bürger solche hat, dann ist es Aufgabe, der von ihnen gewählten Politiker sie umzusetzen, zu versuchen.

Der Verfasser behauptet tatsächlich, dass eine angebliche Minderheit, die Entscheidung der Mehrheit der Gemeindevertreter beeinflusst habe. Wenn ein Mitglied der CDU, der größten Lobby-Marionette von allen Parteien in Deutschland bei der die Klientelpolitik schon seit deren Gründung ganz oben auf der Agenda steht, anderen Parteien Beeinflussungen durch Dritte vorwirft, sollte dieser erst einmal sein Gehirn einschalten und an die massenhaften Rohrkrepiere in den eigenen CDU Reihen denken!

Gerade im Rückblick auf unsere Vergangenheit in der ehemaligen DDR sollte dem Artikelschreiber sehr wohl bekannt sein, dass es damals auch nur eine Minderheit, die der Bürgerrechtler war, die den größten Anteil zum Niedergang des DDR Regimes beitrugen. Mit dem Ergebnis, dass wir heute alle glücklicherweise in einem demokratischen Land leben, in dem sehr wohl die Interessen von Minderheiten respektiert werden müssen. Mitglieder der damaligen DDR Blockflötenpartei CDU, die dann später von der Bundes CDU übernommen wurden, waren dabei aber leider auch hier nur in der Minderheit.

Und eine Minderheit von denen, hat für den DDR Staatsicherheitsdienst als IM, Berichte geschrieben! (z. B. Rechtsanwalt Wolfgang Schnur dessen Mandanten Pfarrer, Bürgerrechtler, Wehrdienstverweigerer, Bausoldaten usw. waren). Was der Verfasser des Artikels im Zusammenhang des Radweges leider nicht erwähnt, sind neben dem brutalen Eingriff in die Natur und Umwelt, die immensen Kosten für den Bau des Radweges von der Tankstelle bis zur Schleuse. Für die Realisierung des betreffenden ersten Bauabschnittes von der Schönwalder Tankstelle bis zur Schleuse, sind nach der mir vorliegenden Mitteilung

unseres Bürgermeisters B. Oehme v.16.02.23, geschätzt allein 1,810 Mio. € notwendig. Insgesamt werden die Kosten für alle drei Bauabschnitte des Radweges auf 3,828 Mio. € geschätzt. Inflations-, energiebedingte und ggf. unvorhergesehene Kostensteigerungen und steigende Baupreise sind dabei wahrscheinlich sicher noch nicht berücksichtigt worden.

Dafür gibt es wie so oft Nachtragshaushalte oder in Neudeutsch Sondervermögen! Dazu kommen die laufenden Kosten für die Instandhaltung, Verkehrssicherungspflicht usw. die nach Fertigstellung und Übergabe des Radweges von der Tankstelle bis zur Schleuse von unserer Gemeinde also von den Steuereinnahmen der Schönwalder Bürgerschaft zu tragen sind!

Wie die Schönwalder CDU Fraktion, als Befürworter und Vorkämpfer für den so „wichtigen und lebensnotwendigen Radweg“, diese Geldverschwendung den Bürgern in Zeiten von hoher Inflation, extremen Energiekosten, hohen Mieten, langen Schlangen vor den Lebensmitteltafeln, Alters- und Kinderarmut, Sanierungsrückständen in Schulen, Kitas, Straßen, Brücken, der mangelhaften Infrastruktur, ÖPNV usw. usw. das rechtfertigen bzw. schön reden will, ist schon absurd und hochgradig perfide.

Den naturbelassenen Waldweg am Kanal gibt schon seit Jahrzehnten und wird von vielen Menschen zur Erholung, sportlicher Aktivitäten usw. genutzt. Es besteht kein wirklicher Grund die vor Ort noch halbwegs intakte Natur weiter zurückzudrängen und zu zerstören.

Der offensichtlich alleinige Grund dafür, liegt bei klein karierten Lokalpolitikern, die meinen uns Bürger immer wieder mit Ihren schwachsinnigen Wunschträumen beglücken zu müssen oder sich ein Denkmal zu setzen bzw. ihr eigenes Ego befriedigen zu wollen, aber immer noch nicht begriffen haben, dass die zunehmende Zerstörung unserer Natur und Umwelt als unsere Lebensgrundlage endlich aufhören muss.

Der Verfasser sinniert mit einem Schuss ins Blaue auch noch darüber, dass bei einem imaginären Volksbegehren, in dem die wahlberechtigte Schönwalder Bürgerschaft nach ihrem tatsächlichen Standpunkt zum Radweg leider nicht befragt werden konnte. Das ist an Heuchelei nicht zu überbieten, die Schönwalder CDU hat in der Vergangenheit die Bürgerschaft niemals ernsthaft zu wichtigen Entscheidungen befragt und deren Willen letztlich respektiert, insbesondere wenn diese nicht den Interessen der CDU und deren Klientel entsprachen.

Im guten Wissen, dass die Mehrheit der CDU Mitglieder in unserem Land demokratische, engagierte und rechtsstaatliche Politiker sind, bitte ich meine berechtigte Kritik an Teilen der Schönwalder CDU nicht zu verallgemeinern.